



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Erleichterung bei Stadt- und Gemeinderäten: Der Rettungsschirm für die Kommunen ist beschlossen

Olching, 24.06.2020

**Michael Schrodi, MdB**

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

**Sehr gute Nachrichten für die bayerischen Kommunen: Der Bund wird unter Beteiligung der Bundesländer die Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle vollständig kompensieren! Auch eine höhere Übernahme der Kosten der Unterkunft und die Übernahme der Umsatzsteuerausfälle durch den Bund stützen die kommunalen Haushalte.**

Die SPD und ihr Finanzminister Olaf Scholz haben sich in der Regierungskoalition für einen Rettungsschirm für Städte und Gemeinden stark gemacht. Nun hat das Kabinett in seiner Sitzung am Mittwoch die Kompensation der kommunalen Gewerbesteuerausfälle auf den Weg gebracht. Das Corona-Steuerhilfegesetz, das bereits am Dienstag den Finanzausschuss passierte, umfasst zudem die Übernahme der Umsatzsteuerausfälle, die den Kommunen durch die Senkung der Mehrwertsteuer entfallen würden. Zusätzlich sollen dauerhaft statt bisher 50 nun 75 Prozent der Unterkunftskosten für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung durch den Bund übernommen werden. Allein diese Maßnahme entlastet die kommunalen Haushalte in der Bundesrepublik um insgesamt 4 Milliarden Euro.

SPD-Bundestagsabgeordneter Michael Schrodi weiß als Kreisrat und jahrelanger Gemeinderat, dass bei plötzlich wegfallenden Einnahmen die Infrastruktur in der Kommune leidet: „Da wird jeder Meter Kanalerneuerung diskutiert, jede Ausgabe für Spielplätze oder Schulen in Frage gestellt.“ Insofern ist Schrodi, Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags und finanzpolitischer Sprecher der bayerischen Landesgruppe, jetzt froh und erleichtert, dass seine Forderung erfüllt wurde: „Olaf Scholz sendet an die Kommunen ein ganz wichtiges Signal: Überall dort, wo Investitionen vielleicht auf die lange Bank geschoben wären, haben die Stadtmütter und -Väter jetzt Gewissheit, dass die Corona-bedingten



Gewerbsteuer- und Umsatzsteuerausfälle komplett ersetzt werden!“

Für den SPD-Oberbürgermeister von Dachau, Florian Hartmann, liegt das Problem aber auch in den wegfallenden Einkommensteuereinnahmen: „Die Summe der Ausfälle wird immens sein. Wir müssen mit bis zu 3,7 Millionen Euro insgesamt rechnen. Wo auch immer wir den Rotstift ansetzen müssen, wird es bitter. Die Kompensation der fehlenden Gewerbesteuer reicht da noch nicht aus, um unsere Hausaufgaben zu erfüllen.“ Gefragt sei nun auch die Bayerische Staatsregierung, die für die Kommunalfinzen verantwortlich ist. Ein Zuschuss von 100 Euro pro Einwohnerin und Einwohner, wie es die SPD-Landtagsfraktion vorgeschlagen hat, wäre ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der Kommunen.

Bürgermeister Harald Dirlenbach (SPD) zeigt sich zufrieden: „Natürlich hätten wir eine Kehrtwende machen und Investitionen überdenken müssen – die Prognosen waren ja zu Beginn des Jahres noch gut und die Planungen für verschiedene Projekte schon sozusagen in trockenen Tüchern.“ Dirlenbach geht von bis zu 1,5 Millionen Euro aus, die durch Gewerbe- und Einkommenssteuer fehlen würden.

Auch in Schrodiss Heimatlandkreis Fürstfeldbruck sind die Olchinger und Puchheimer Bürgermeister zufrieden. Andreas Magg (SPD): „Olching hat aktuell sehr große Investitionen getätigt und noch einige vor sich. Durch die Teilweise Kompensation der Einnahmeausfälle können wir etwas entspannter die Planungen für unsere notwendigen Projekte angehen. Die Ausfälle der Gewerbesteuereinnahmen wären wirklich ein Hemmschuh gewesen!“

In Puchheim bei Bürgermeister Norbert Seidl (SPD) ist die Freude groß: „Es ist gut, dass der Bund in dieser äußerst prekären Situation einspringt. Für die Stadt wären Mindererträge von bis zu 5 Millionen Euro entstanden. Wichtig ist insbesondere die Ambition des Rettungsschirmes: Zukunftsfähige und nachhaltige Investitionen jetzt umzusetzen.“ Seidl hofft natürlich, dass die Einkommensteuerausfälle nicht so heftig werden wie befürchtet, sondern so abzufedern sind, dass die anstehenden Projekte wie geplant angegangen werden können.



Der Finanzpolitiker Schrodi betont: „Wir müssen aus der Corona-Krise herauswachsen. Die Kommunen sind für 60 Prozent der öffentlichen Investitionen in Deutschland verantwortlich. Wir brauchen zur Überwindung der Krise starke und handlungsfähige Kommunen. Mit der SPD in der Regierung und dem beherzten Handeln des Bundesfinanzministers ist es nun gelungen, den so wichtigen Rettungsschirm für die Kommunen aufzuspannen.“